

# PRESSEMITTEILUNG

12. Mai  
2021

## DER PFLEGE GEHT DIE LUFT AUS

**BPK fordert eindrucksvoll zusammen mit dem Walk of Care die Politik zum Handeln auf**

**Anlässlich des heutigen Internationalen Tages der Pflegenden haben die Bundespflegekammer (BPK) und der Berliner Walk of Care mit einem Skydancer und zahlreichen Demonstranten eindrücklich vor dem Reichstag gezeigt, wie es ist, wenn der Pflege die Luft ausgeht. Daher fordern sie: mehr Personal, bessere Bezahlung und mehr politische Mitsprache. „Es ist fünf nach zwölf. Wir erwarten von der Politik mehr als Beifall und schöne Worte. Wir fordern die künftige Bundesregierung auf: Endlich handeln!“, erklärt Dr. Markus Mai, Präsidiumsmitglied der BPK.**

Im Dienst der Gesellschaft stehen die Pflegenden seit über einem Jahr an vorderster Front in der Corona-Pandemie. Die Krise zeigt, wie wichtig ein gut funktionierendes Gesundheitssystem ist, verdeutlicht aber auch die Rolle der Pflege als tragende Säule in diesem. „Was nutzt es, die Intensivbetten weiter auszubauen, wenn die nötigen Pflegefachpersonen fehlen“, fragt Patricia Drube, Präsidiumsmitglied der BPK, offensiv. Dabei mache die Krise nur eklatante Missstände deutlich, die bereits vor Corona herrschten: chronische Überlastung, anhaltend schlechte Arbeits- und Rahmenbedingungen und das mangelnde politische Mitspracherecht der Pflegefachpersonen.

Viele Pflegefachpersonen sind am Rande ihrer Kräfte und überlegen, ihren Beruf an den Nagel zu hängen. Nach einer Befragung des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe (DBfK) haben im letzten Jahr 32 Prozent der beruflich Pflegenden häufig darüber nachgedacht, den Beruf aufzugeben. „Das ist ein Alarmsignal. Wir müssen aufpassen, dass der Pflege nicht die Luft ausgeht und damit auch die Leute.“, erklärt Dr. h. c. Franz Wagner, Präsidiumsmitglied der BPK, voll Sorge. Rechne man diejenigen dazu, die in den kommenden zehn Jahren rentenbedingt ihre Arbeit niederlegen, tue sich eine eklatante Pflegelücke auf. „Wir sprechen hier von rund einer halben Million beruflich Pflegenden, die fehlen werden. Es wird endlich Zeit zu handeln“, fordert er die Politik auf.

Auch BPK-Präsidiumsmitglied Nadya Klarmann macht klar: „Ohne gute Pflege können Wirtschaft und Gesellschaft nicht funktionieren. Gelingt es nicht innerhalb kürzester Zeit, die Weichen für mehr Personal zu stellen, werden wir innerhalb weniger Jahre mit katastrophalen Versorgungsengpässen konfrontiert sein.“ Die Konsequenzen würden Patienten, Pflegebedürftige und deren Angehörige zu spüren bekommen. „Die künftige Bundesregierung muss eine Pflegeoffensive einleiten für mehr Personal, bessere Bezahlung und mehr Mitsprache. Die Verbesserung der Pflege duldet keinen Aufschub und darf nicht unter Haushaltsvorbehalt gestellt werden“, appelliert Dr. Mai an die Politik.

**BUNDESPFLEGEKAMMER**

Alt Moabit 91 | 10559 Berlin  
T. 030 21 91 57 70  
presse@bundespflegekammer.de  
bundespflegekammer.de

## **Zusammenfassung der wichtigsten Wahlforderungen der Bundespflegekammer:**

### **Forderung 1: Personalausstattung verbessern**

Die Bundespflegekammer fordert,

- in allen Ausbaustufen verbindliche und bundeseinheitliche Einführung des Personalbemessungsverfahrens in Pflegeheimen, wobei im Rahmen der Erprobung zukunftsweisende Versorgungskonzepte berücksichtigt und das Verhältnis von Fach- zu Assistenzkräften kritisch überprüft werden müssen.
- die PPR 2.0 als vorläufige Personalbemessungsgrundlage im Krankenhaus umgehend umzusetzen und parallel ein wissenschaftlich fundiertes Verfahren zu entwickeln.
- die bislang landesrechtlich geregelten Pflegehelferausbildungen bundeseinheitlich auszugestalten (Dauer: 2 Jahre) und eine Qualifizierungsoffensive zu starten, um den notwendigen Bedarf zu decken.
- die Ausbildungszahlen zu erhöhen und Studienplätze für Pflege in der Erstausbildung sowie postgraduiert zur Spezialisierung deutlich auszubauen.
- Etablierung und Refinanzierung von umfassenden Integrationsprogrammen für ausländische Pflegefachpersonen.
- die Digitalisierung in der Pflege voranzutreiben, um die Pflegenden zu entlasten.
- Aufbau einer Pflegereserve für den Pandemie- und Katastrophenfall gemeinsam mit den Pflegekammern.

### **Forderung 2: Mehr Mitsprache**

Die Bundespflegekammer fordert,

- Vertreter des Pflegerufes mit Stimmrecht im Gemeinsamen Bundesausschuss und beim Gemeinsamen Qualitätsausschuss beteiligen.
- Beteiligungsrechte der Pflegeberufe in allen Gremien, die die Pflege betreffende Entscheidungen fällen (z.B. Corona-Krisenstäbe).
- in der Bundesregierung die Stelle einer Chief Government Nurse zu schaffen.
- Bereitstellung einer Anschubfinanzierung für die Bundespflegekammer durch den Bundesgesetzgeber.

### **Forderung 3: Neuverteilung der Aufgaben im Gesundheitswesen**

Die Bundespflegekammer fordert,

- Mehr Entscheidungsbefugnisse für Pflegefachpersonen beispielsweise bei der Gestaltung der Pflege und der Verordnung von Leistungen.
- Beseitigung der rechtlichen Barrieren und flächendeckende Umsetzung von Modellprojekten zur Heilkundeübertragung an Pflegefachpersonen.
- Fortsetzung des Strategieprozesses mit dem Ziel, eine Roadmap für die Einführung des Community Health Nursing, Schulgesundheitspflege bzw. Advanced Practice Nursing in Deutschland zu erarbeiten.

#### **Forderung 4: Angemessene Bezahlung**

Die Bundespflegekammer fordert,

- die Gehälter in der Langzeitpflege und Rehabilitation schnell an die der Krankenhauspflege anzugleichen.
- einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Langzeitpflege abzuschließen, der sich am TVöD oder den AVR der konfessionellen Krankenträger orientiert.
- das Lohnniveau für alle Pflegefachpersonen schrittweise auf ein Einstiegsgehalt von 4.000 Euro brutto anzuheben.
- Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.
- Bessere Absicherung von Pflegefachpersonen bei Erwerbsunfähigkeit.

#### **Forderung 5: Pflege gerecht finanzieren**

Die Bundespflegekammer fordert,

- die Finanzierung in der Pflegeversicherung solidarisch zu regeln, d.h. die Eigenanteile sozial gerecht zu deckeln und die Mehrkosten solidarisch über höhere Beiträge und Steuermittel zu finanzieren.
- nachhaltig und legislaturperiodenübergreifend ein Pflegebudget im Krankenhaus sicherzustellen, das nach oben nicht begrenzt ist.
- die Weiterführung des DRG-Systems in der heutigen Form lehnt die Bundespflegekammer ab. Vorhaltekosten im Sinne einer Basisversorgung und Reservekapazitäten in Krisenzeiten müssen pauschal finanziert werden.
- die Investitionsfinanzierung in Krankenhäusern und stationärer Pflege im Sinne der Vorhaltung vonseiten des Staates zu sichern.

#### **Ansprechpartnerin für die Presse:**

Alexandra-Corinna Heeser

Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

**Tel.: 030 – 21 71 57 70**

#### **Hintergrund zur Bundespflegekammer:**

Die Bundespflegekammer vertritt als Dachorganisation die drei bisherigen Pflegekammern der Länder Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sowie den Deutschen Pflegerat. Sie wurde am 14. Juni 2019 als Bundesvertretung der Pflegekammern in Berlin gegründet. Mit ihr erhalten sowohl die Politik als auch die Institutionen und Akteure im Gesundheits- und Pflegewesen einen kompetenten Ansprechpartner und Mitstreiter zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten und zukunftsfähigen pflegerischen Versorgung der Bevölkerung.

Die Bundespflegekammer vertritt zudem die Interessen der insgesamt ca. 1,2 Mio. Pflegefachpersonen in Deutschland und übernimmt Verantwortung sowohl für den Berufsstand als auch für die Gesellschaft. Sie ist das Sprachrohr von und für professionelle Pflegefachpersonen und verantwortlich für die Entwicklung einer Musterweiterbildung sowie des Strategieprozesses.